

27.11.2024, 09:43 Uhr

Hessische Kunststoffverarbeiter vor schwierigen Tarifverhandlungen

Forderung der IG BCE berücksichtigt nicht die anhaltende Krise

Am 4. Dezember beginnen die Tarifverhandlungen in der Kunststoffverarbeitenden Industrie (KVI) in Hessen. "Die von der IG BCE Hessen-Thüringen beschlossene Forderung ist vor dem Hintergrund der anhaltenden Krise für uns nicht nachvollziehbar und finanziell nicht leistbar", erklärt Angelika Teppe von der ALMO-Erzeugnisse Erwin Busch GmbH und Verhandlungsführerin der Arbeitgeberseite.

Geschäftslage und -erwartungen befinden sich in der KVI Hessen weiter auf Talfahrt. Produktion und Umsätze sind seit 2022 deutlich zurückgegangen – die Produktion um 6 Prozent, der Umsatz um 7 Prozent. Hinzu kommen strukturelle Probleme in der deutschen Industrie. Seit sechs Jahren sinkt die Produktion in den wichtigsten Abnehmerbranchen. Neben der Automobilbranche schwächelt nun auch der Bausektor erheblich.

Das größte Problem der KVI bleibt jedoch das hohe Kostenniveau. Die immensen Preissteigerungen bei Energie und Rohstoffen konnten nicht ausgeglichen werden. Zudem drohen die aktuell sinkenden Verkaufspreise die angespannte Lage weiter zu verschärfen.

Angelika Teppe: „Sparprogramme, Kurzarbeit, Einstellungsstopps und Personalabbau prägen zunehmend den Alltag in den Betrieben. Die Forderung der Gewerkschaft, die Entgelte um 8,5 % zu erhöhen, ist für die Unternehmen daher ein echter Schock. In den bevorstehenden Verhandlungen müssen wir den Bezug zur Wirklichkeit wieder herstellen, weil es sonst sehr schwierig wird.“

Als positiv für einen Abschluss in der Krise sieht der Arbeitgeberverband



HessenChemie den Rückgang des Inflationsdrucks an. In diesem Jahr werden die Verbraucherpreise nur um 2,2 Prozent zulegen und für 2025 gehen die Wirtschaftsinstitute lediglich von 2,0 Prozent aus. Dies ist auch für die Beschäftigten eine gute Nachricht.

Absage an Forderung nach Sonderregelungen für Gewerkschaftsmitglieder

Die Arbeitgeber sprechen sich auch klar gegen die Forderung einer „Tariflichen Regelung zur Wertschätzung“ für IGBCE-Mitglieder aus. „Eine solche Regelung, die auf eine Sonderbehandlung von Gewerkschaftsmitgliedern abzielt, birgt erhebliche Risiken für den betrieblichen Zusammenhalt und die bewährte Sozialpartnerschaft“, so Teppe.

Dabei hat man sich bereits 2017 auf eine Stärkung der Sozialpartnerschaft verständigt: „Mit den Sozialpartnerveranstaltungen haben wir ein Instrument geschaffen, um die beiderseitige Tarifbindung zu stärken. Die konstruktive Arbeit an gemeinsamen Themen sollte weiter ausgebaut und nicht durch einen ‚Gewerkschaftsbonus‘ ausgebremst werden.“

Die KVI-Arbeitgeber unterstreichen, dass die Herausforderungen der Branche – darunter hohe Kosten, rückläufige Umsätze und eine angespannte Marktlage – nur durch ein Miteinander und ausgewogene Antworten gemeistert werden können. „Wir brauchen in Krisenzeiten ein besonders konstruktives Vorgehen auf beiden Seiten des Tisches, um Unternehmen und Beschäftigung zu erhalten. Gefragt sind differenzierte Lösungen und ein krisengerechter Tarifabschluss, in Höhe und Struktur“, so Teppe abschließend.